

Positionen der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz zum weiteren Weg der Europäischen Union

Unter dem Vorsitz von Mike Mohring trafen sich die Vorsitzenden der CDU und CSU-Fraktionen und der EVP-Fraktion am 19. und 20. Januar 2014 in Brüssel, um sich vor dem anstehenden Europawahlkampf miteinander auszutauschen. In der bevorstehenden Förderperiode bis 2020 muss es nach Ansicht der Fraktionsvorsitzenden um die stärkere Ausrichtung der Förderprogramme an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der EU und mehr Beschäftigung und Wachstum in allen Mitgliedsländern gehen.

Einen Schwerpunkt bildete die Frage nach der künftigen Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union im weltweiten Wettstreit. Grundsätzlich ist es notwendig, dass die hohen Staatsschuldenquoten einiger europäischer Länder zurückgeführt werden. Schuldentilgungsfonds und Eurobondsanleihen werden von den Unionsfraktionen abgelehnt. Sie dienen nicht einer Lösung, sondern sind eher als Auslöser neuer Schuldenkrisen anzusehen. „Europa wird nicht dadurch stärker, dass man die Starken schwächt, sondern durch Verbesserung bei den Schwachen.“

Den Grundsätzen der Sparsamkeit und Konsolidierung muss sich aber auch der EU-Apparat unterwerfen. Insgesamt betrachtet, muss sich die EU weiterentwickeln, um den künftigen Herausforderungen gerecht zu werden und auch auf Dauer auf Akzeptanz in den Mitgliedstaaten zu stoßen. Dazu gehört eine Konzentration der Kommission, die Verbesserung Ihrer Arbeitsfähigkeit, genauso wie die Besinnung auf grundlegende Aufgaben. Verwaltungskosten und Regelungsdichte bei der EU müssen abgebaut werden zugunsten größerer Entscheidungsspielräume vor Ort. Europa muss sich auf seine wesentlichen Aufgaben konzentrieren, in denen das gemeinsame Handeln erforderlich ist. Europa soll sich nicht in Belange einmischen, die die Mitgliedstaaten, Länder und Kommunen selbst regeln können. Die Zukunft der EU sehen die Fraktionsvorsitzenden vor allem in der Konzentration auf länderübergreifende Fragestellungen und weniger im kleinteiligen Regelungsmechanismus. Genauso sollten die Mitgliedstaaten darauf verzichten, auf EU-Richtlinien eigene Regelungen aufzusatteln, und zum Prinzip der 1:1-Umsetzung zurückzukehren.

Das Grundprinzip der Arbeitnehmerfreizügigkeit dient den EU-Bürgern sowie dem wirtschaftlichen Gesamterfolg der Europäischen Union im globalen Markt.

„Wer unsere Werte teilt, wer mit anpackt und unser Land voranbringen möchte, ist uns sehr willkommen.“ Eine Wanderungsbewegung in das jeweils bessere Sozialsystem schwächt die Europäische Union in ihrer Akzeptanz. „Zuwanderung, die darauf gerichtet ist, die europäische Freizügigkeit zu missbrauchen, lehnen wir ab.“

Die Einheit Europas ist heute nicht mehr nur eine Frage von Krieg und Frieden. Mit der Weiterentwicklung der Europäischen Union in den nächsten sieben Jahren geht es darum, das hohe Wohlstandsniveau Europas auf sozialem, ökologischem und kulturellem Gebiet durch gemeinsames Wirtschaften, Forschen sowie eine starke Währungs- und Handelsunion zu sichern. Diese Kraft zu generieren gelingt allerdings nur in einem Europa mit starken Regionen.